

Ahmet Toprak

Integrationsunwillige Muslime?

Ein Milieubericht

Für Mio Baran und Alexandra Toprak

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten

© 2010, Lambertus-Verlag, Freiburg im Breisgau
www.lambertus.de

Umschlaggestaltung: Nathalie Kupfermann, Bollschweil

Herstellung: Franz X. Stückle, Druck und Verlag, Ettenheim
ISBN 978-3-7841-1959-5

Inhalt

Thematische Einführung	7
Methodisches Vorgehen.....	11
Das qualitative Interview	11
Der Fragebogen	12
Kontaktaufnahme und Eingrenzung des Themas	13
Beschreibung der Untersuchungsgruppe	14
Durchführung der Interviews	15
Transkription und Auswertung	16
 Das Kopftuch: ein Stück Stoff – große Politik oder ein religiöses Symbol?	 17
Kopftuch als Kleidungsstück	18
Kopftuch als Teilhabe	22
Das Kopftuch und die Geschlechterrollen	23
Kopftuch als Zeichen der Desintegration	27
Kopftuch als politisches Deutungsmuster und Machtdemonstration	28
Resümee	31
 Ehre/Ehrenmorde	 35
Begriffserklärung	35
Die Ehre des Mannes	38
Die Ehre der Frau	42
Ehrenmorde	45
Die Funktion der Ehre oder Ehre im Wandel	55
Resümee	57
 Zwangsehe	 58
Die Brautwerbung beziehungsweise die arrangierte Ehe im traditionellen Kontext	58
Arrangierte Freiheit oder postmoderne arrangierte Ehe	63
Zwangsverheiratung als letztes Mittel?	66

Zwangsverheiratung hat eine soziale Komponente	67
Zwangsverheiratung hat eine wirtschaftliche Komponente	70
Zwangsverheiratung und Sexualität	72
Zwangsverheiratung hat in der Familie Tradition	74
Resümee	75
 Gewalt, Gewaltanwendung und Homophobie	 77
Innerfamiliäre Gewalt	78
Jugendliche Gewaltanwendung und Homophobie	83
Zahir – „Für meine Freunde tue ich alles!“	83
Mustafa – „Meiner Freundin und Schwester lasse ich nichts sagen!“	86
Abdul – „Ich hasse Schwule!“	90
Zusammenfassende Analyse der Biografien	92
Resümee	94
 Gleichberechtigung und Geschlechterrollen	 97
Beruf und Erwerbstätigkeit	97
Entscheidungsfindung	101
Deutsche und europäische Frauen als Vorbild	103
Der Mann als Ernährer	105
Freizeit	107
Resümee	108
 Teilnahme am Schwimm-, Sport- und Sexualunterricht sowie an Klassenfahrten	 110
Der Stellenwert von Schwimm-, Sport- und Sexualunterricht	111
Der Stellenwert von Klassenfahrten	115
Resümee	120
 Die Rolle der Kultur- und Moscheevereine	 121
Die Bedeutung der Kulturvereine	122
Die Bedeutung der Moscheen beziehungsweise Moscheevereine	130
Resümee	132

Der Einfluss der Medien und die Rolle des Herkunftslandes	134
Die Rolle der deutschen Medien	135
Hürriyet – Integrationsmotor oder Hetzer?	137
Die Rolle der Imame und Lehrkräfte	140
Resümee	144
Islamismus, Terroranschläge und Diskriminierung	145
Islamismus	145
Terroranschläge	148
Diskriminierung	151
Vorurteile gegenüber Deutschen	155
Resümee	157
Integration/Integrationsdebatte	158
Integration	158
Die Integrationsdebatte in der muslimischen Gemeinde	160
Resümee	165
Fazit	166
Literatur	171
Bildquellennachweis	178
Der Autor	179

Thematische Einführung

In Deutschland leben ca. 3,5 Millionen Menschen mit muslimischer Herkunft. Der Großteil stammt aus der Türkei, sie sind als sogenannte Gastarbeiter in den 1960er- und 1970er-Jahren nach Deutschland gekommen. Ab Mitte der 1950er-Jahre wurde zwischen der Bundesrepublik und Staaten wie Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Marokko, Tunesien, Jugoslawien und der Türkei ein Anwerbevertrag unterschrieben, da der Bedarf an Arbeitskräften im Inland nicht mehr gedeckt werden konnte. Die Vermittlung der Arbeitskräfte basierte in der Regel auf einer Anwerbevereinbarung, die zwischen Deutschland und dem betreffenden Land unterschrieben wurde. Diese Vereinbarungen enthielten damals keine Beschränkungen hinsichtlich der Anzahl oder der Qualifikation. Sie beschrieben lediglich die Organisation und die technische Abwicklung der Vermittlung und sollten gewährleisten, dass die Arbeitnehmer alle erforderlichen Auskünfte bezüglich ihrer Aufnahme und Beschäftigung erhalten. Es sollten vor allem junge und gesunde Menschen nach Deutschland vermittelt werden, die vorwiegend in der Metall-, Auto- und Baubranche arbeiten sollten und die durch Rotation und ohne größere Gesundheitskosten wieder zurückkehren konnten. Das Hauptmotiv für die Migration nach Deutschland war der kurzfristige Aufbau von Ersparnissen, um später im Heimatland über einen gesicherten Lebensunterhalt zu verfügen.

Die ersten „Gastarbeiter“, die ohne ihre Familien nach Deutschland kamen, wurden in Wohnheimen und Sammellagern untergebracht. Die Unterkünfte waren nach Geschlechtern getrennt, qualitativ schlecht, überbelegt und dadurch beengt und auch noch überproportional teuer. Anfang der 1970er-Jahre war der überwiegende Teil der muslimisch geprägten Arbeitnehmer männlich und verheiratet. Mehr als die Hälfte von ihnen hatten ihre Frauen im Heimatland zurückgelassen.

Die „Gastarbeiterbeschäftigung“ erreichte mit insgesamt 2,5 Millionen im Jahre 1973 ihren vorläufigen Höhepunkt. Der Wendepunkt in der Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern war ebenfalls das Jahr 1973, als die Bundesrepublik aufgrund der Wirtschaftskrise einen Anwerbestopp für „Gastarbeiter“ verhängte. Nur noch der Nachzug enger Familienangehöriger (Ehepartner und Kinder unter 18 Jahren) der bereits in Deutschland tätigen Arbeitnehmer war im Rahmen der Familienzusammenführung möglich (vgl. Firat, 1996, S. 37f.).

Am 23.11.1973 verfügte der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung die Einstellung der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer durch die Bundesanstalt für Arbeit. Dies geschah zu einer Zeit, als sich Massenarbeitslosigkeit und eine Wirtschaftsrezession deutlich abzeichneten. Der Anwerbestopp sollte einerseits den Vorrang des nationalen Arbeitsmarktes sicherstellen und andererseits einen Wendepunkt in der staatlichen Ausländerpolitik symbolisieren und war von Anfang an auf Dauer angelegt. Er sollte nur dann aufgehoben werden, wenn sich dadurch die Folgeprobleme nicht verschärfen würden (vgl. Dohse, 1981, S. 309f.). In der Folge haben sich viele verheiratete Männer beziehungsweise Frauen für einen dauerhaften Aufenthalt entschieden und ihre Kinder und Ehepartner nach Deutschland geholt.

Diese kurzen Erläuterungen verdeutlichen, dass weder Deutschland noch die Einwanderer, in diesem Kontext die muslimische Bevölkerung, einen dauerhaften Aufenthalt geplant hatten. Allerdings muss hervorgehoben werden, dass nach dem Anwerbestopp die politischen Entscheidungsträger hätten wissen müssen, dass die meisten Menschen sich auf einen längeren, gar unbefristeten Aufenthalt eingestellt haben, unabhängig davon, dass die Rückkehroption in die Heimatländer bei vielen ein Thema war. Auch nach dem Anwerbestopp konnte keine gezielt Migrations- oder Integrationspolitik beobachtet werden. Ziel der deutschen Politik war bis tief in die 1990er-Jahre, die sogenannten „Gastarbeiter“ und deren Angehörige in die Heimatländer zurückzuführen. Anfang der 1980er-Jahre hat Deutschland Gastarbeitern, die in ihre Länder zurückkehren wollten, sogenannte Rückkehrprämien ausgezahlt. Dieser Versuch, die Zahl der „ausländischen“ Bevölkerung zu reduzieren, scheiterte, weil nur sehr wenige Menschen dieses Angebot in Anspruch genommen haben. Auch die Bemühungen um die Kinder der Gastarbeiter in der Schule und in anderen Bildungseinrichtungen waren geprägt von der Prämisse, dass sie in ihr Herkunftsland zurückkehren würden. Die sogenannten Gastarbeiterklassen in den Schulen, die die Kinder darauf vorbereiten sollten, wurden endgültig erst Ende der 1990er-Jahre abgeschafft.

Ein Politikwandel fand statt, als Deutschland sich im Jahre 1999 offiziell dazu bekannte, ein Einwanderungsland zu sein, was bis dahin vor allem von konservativen Politikern strikt abgelehnt wurde. Da Deutschland offiziell bis 1999 kein Einwanderungsland war, stand auch die Migrationspolitik nicht unbedingt auf der Agenda der Bundesregierungen, sei

es von der konservativ-liberalen Regierung von 1982 bis 1998 noch von Rot-Grün zwischen 1998 und 2005, auch wenn die Letztgenannten die Greencard-Regelung einführten und die Einbürgerung hier lebender Migranten erleichterten. Bewegung kam in die Migrationspolitik erst ab 2005. Auslöser waren die Vorfälle an einer Berliner Schule (hier gaben die Lehrkräfte resigniert auf, weil sie das Verhalten der muslimischen Jugendlichen so respektlos und aggressiv fanden, dass sie nicht mehr unterrichten konnten), kriminelle Jugendliche mit Migrationshintergrund und die öffentlichen Debatten um Zwangsheirat und häusliche Gewalt bei muslimisch geprägten Bevölkerungsgruppen. Seit ca. 2005 steht die Integration der Migranten, vor allem die der Muslime, im Mittelpunkt der Politik. So wurde beispielsweise der Ausländerbeauftragte der Bundesregierung zum Integrationsbeauftragten und ist nicht mehr im Familienministerium angesiedelt, sondern im Kanzleramt. Zwischen 2006 und 2009 wurde vom Bundesinnenministerium eine sogenannte „Deutsche Islam Konferenz“ durchgeführt, und auch der Integrationsgipfel des Bundeskanzleramtes zielte auf die bessere Integration vor allem der muslimischen Migranten.

All das zeigt, dass sich weder die Migranten noch Deutschland in den ersten fünfzig Jahren nach der Einreise der ersten Gastarbeiter im Jahre 1955 um Integration bemüht haben. Sowohl Deutschland als auch die Zuwanderer gingen davon aus, dass der Aufenthalt in Deutschland temporärer Natur wäre. Im Nachklang der Attentate vom 11. September und im Rahmen der Debatten um Zwangsheirat und häusliche Gewalt rückte die sogenannte „Integrationsunwilligkeit“ der Migranten muslimischer Herkunft in den Fokus. Dieser Begriff wurde von konservativen Politikern geprägt und soll dokumentieren, dass diese Bevölkerungsgruppe die Integration ablehnt, sich nicht öffnet und in sogenannten Ghettos lebt. Um die These von der „Integrationsunwilligkeit“ vieler Migranten muslimischer Herkunft zu stützen, wird auf die Praxis der Zwangsheirat, auf häusliche Gewalt, geringe oder nicht vorhandene Deutschkenntnisse, die religionsbedingte Ablehnung bestimmter Schulfächer, die Unterdrückung der Frau, das Kopftuch u. a. verwiesen. Nun sind diese Problembereiche zwar nicht von der Hand zu weisen, aber neu sind sie nicht. Politik und Gesellschaft haben sich für die Belange der Migranten jahrzehntelang nicht interessiert. Dass beispielsweise die Praxis der Zwangsheirat in bestimmten muslimischen Milieus existiert, haben Andrea Baumgartner-Karabak und Gisela Landesberger unter dem Titel „Die verkauften Bräute“ bereits im Jahre 1978 eindrucksvoll dokumentiert. Für dieses –

aus heutiger Sicht – brisante Thema interessierten sich damals nur wenige Experten.

In der aktuellen Diskussion fällt auf, dass die Debatte um Integration beziehungsweise „Integrationsunwilligkeit“ auf der Metaebene geführt wird: Es wird abstrakt intellektuell über die vorhandenen Probleme debattiert, ohne die betroffenen Gruppen einzubeziehen. Dies gilt sowohl für die Deutsche Islam Konferenz als auch für den Integrationsgipfel. Ein Beispiel dafür ist die Tatsache, dass der Schriftsteller Feridun Zaimoglu seine Mitarbeit bei der Deutschen Islam Konferenz zugunsten einer gläubigen Person aus dem Milieu mit Kopftuch zeitweise aufgab. Trotzdem hat die Deutsche Islam Konferenz keine Kopftuchträgerin nachnominiert.

In dieser Studie sollen daher die sogenannten „Integrationsunwilligen“ persönlich zu Wort kommen. Es wurden insgesamt 124 Personen aus Kulturvereinen, Jugendzentren, Schulen, Frauengruppen, Anti-Aggressivitäts-Trainings etc. interviewt, damit sie zu den wichtigen Themen, die mit „Integrationsunwilligkeit“ in Verbindung gebracht werden, Stellung nehmen. Die Daten wurden anhand eines halbstandardisierten Fragebogens zwischen 2007 und 2009 in den drei Großstädten Berlin, Dortmund und München erhoben. Um einschlägige und authentische Informationen zu bekommen, wurden als Methode sowohl Gruppen- als auch Einzelinterviews mit Tonbandaufzeichnung eingesetzt. Alle relevanten Themen, die aus Sicht des Autors die Öffentlichkeit interessieren und als Zeichen der „Integrationsunwilligkeit“ gedeutet werden, wurden aufgegriffen. In diesem Zusammenhang wurden nicht nur die in den Medien präsenten Themen Kopftuch, Gewalt, Zwangsverheiratung und Ehrenmorde behandelt, sondern auch die Randthemen. Hierzu zählen „Der Einfluss der Medien“, „Die Rolle der Kultur- und Moscheevereine“ und die Teilnahme oder Nichtteilnahme der muslimischen Schüler am Schwimm-, Sport- und Sexualunterricht.

Um die Lektüre nicht zu verkomplizieren, wurde die männliche Form der Schreibweise gewählt; selbstverständlich sind auch Frauen gemeint.

Bildquellennachweis

Abbildung 1	32
Abbildung 2	33
Abbildung 3	34

[www.sohbetloji.com/forum/acik-oturum/komplo-teorisi-/
?PHPSESSID=cc01aabb085c56e7631380251bcc74d5](http://www.sohbetloji.com/forum/acik-oturum/komplo-teorisi-/?PHPSESSID=cc01aabb085c56e7631380251bcc74d5)

Der Autor



Ahmet Toprak, Dr. phil., Dipl.-Pädagoge, seit 01.09.2007 Professor für Erziehungswissenschaften an der Fachhochschule Dortmund, Fachbereich Angewandte Sozialwissenschaften. Studium der Erziehungswissenschaften in Regensburg, 2001 Promotion an der Philosophischen Fakultät der Universität Passau. Jahrelange praktische Tätigkeit in der sozialen Arbeit, vor allem mit gewalt-

bereiten und gewalttätigen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund. Autor mehrerer Bücher und Artikel zu Themen wie Gewalt, Gewaltprävention, Männer, Männlichkeitskonstruktionen etc. Darüber hinaus Tätigkeit in der Weiter- und Fortbildung für Multiplikatoren mit interkulturellem Ansatz.

Veröffentlichungen aus dem Lambertus Verlag:

Das schwache Geschlecht – die türkischen Männer. Zwangsheirat, häusliche Gewalt, Doppelmoral der Ehre. 2. Auflage, Freiburg i.Br. 2007.
„Ich bin eigentlich nicht aggressiv“. Theorie und Praxis eines Anti-Aggressions-Kurses mit türkischstämmigen Jugendlichen. Freiburg i.Br. 2001.